

Sparen durch Bürokratie-Abbau

Klinik-Chefs wehren sich gegen Streichung von Geldern und machen Vorschlag

Bad Nauheim/Wetteraukreis (pm). »Mit einer Mischung aus Erstaunen und Sorge reagieren der Geschäftsführer des regionalen Krankenhausverbundes Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH (GZW), Dr. Dirk M. Fellermann, und der Kaufmännische Geschäftsführer der Kerckhoff-Klinik Bad Nauheim, Matthias Müller, auf die jüngsten Sparbeschlüsse der Bundesregierung zugunsten der Krankenhäuser, denen zufolge für das kommende Jahr Einsparungen von 1,8 Milliarden Euro geplant sind.« So steht es am Anfang einer gemeinsamen Pressemitteilung von Kerckhoff-Klinik und GZW. Diese Sparbeschlüsse trafen die Kliniken in einer Phase der wirtschaftlichen Unsicherheit, betonten Müller und Fellermann.

Drei Stunden täglich für Bürokratie

Zudem widerspreche die Bundesregierung mit dem Beschluss ihren vorherigen Bemühungen zur Konsolidierung der Krankenhäuser. Jahrelang hätten die Krankenhäuser über ihre Spitzenverbände gefordert, die seit 2022 extrem gestiegenen Preise finanziell endlich zumindest teilweise auszugleichen. Dies sei erst vor einigen Wochen von der Bundesregierung beschlossen worden. Nun stelle man mit Erstaunen fest, dass mit einem



Matthias Müller (großes Bild) und Dirk M. Fellermann kritisieren die Pläne der Bundesregierung, bei Krankenhäusern in Deutschland im kommenden Jahr 1,8 Milliarden Euro einzusparen.

FOTOS: PV

weiteren Beschluss quasi das Gegenteil festgelegt werde, dass nämlich die Krankenhäuser im kommenden Jahr 1,8 Milliarden Euro weniger erhalten sollen. Die Begründung sei nicht nur wenig stichhaltig, sondern auch falsch, denn anders als behauptet, hätten die Krankenhäuser bisher keineswegs zu viel Geld bekommen, das man ihnen nun streiche.

»Seit Jahren steigen die Landesbasisfallwerte, die Grundlage sind für die Berechnung der fallbezogenen Erlöse langsamer als die Kosten der Krankenhäuser«, halten die beiden Bad Nauheimer Krankenhaus-Geschäftsführer den Erklärungen aus Berlin entgegen. Falsch sei auch die Annahme, es gebe einen Automatismus zur Erhöhung der Landesbasis-

fallwerte. »Die Landesbasisfallwerte sind immer Ergebnis der Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Krankenhausesellschaften auf Landesebene«, erläutern Fellermann und Müller.

Die Krankenhäuser in Deutschland seien nach wie vor bereit, »als konstruktiver Partner die grundsätzlich unbestritten notwendige Kran-

kenhausreform« zu begleiten. Sie sähen durchaus auch Sparpotenzial: Zur Kompensation der fehlenden 1,8 Milliarden Euro könne man beispielsweise Bürokratie und Dokumentationspflichten aussetzen.

Auch auf die für Psychiatrien bei Nichteinhaltung von Personalvorgaben geplanten Sanktionen solle man verzichten; der seit Jahren beklagte Fach-

kräftemangel lasse kaum die Möglichkeit, Versorgung zu sichern und gleichzeitig die Richtlinien vollumfänglich zu erfüllen.

Die Krankenhäuser und ihre Beschäftigten litten bereits jetzt unter einer unvorstellbaren Bürokratielast, die sich kontinuierlich ausweite, argumentieren Müller und Fellermann. Dazu hätten sie in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang Mitarbeiter eingestellt.

Allerdings komme diese zusätzliche Arbeitskraft nur zu einem Teil bei den Patienten an. Ärztinnen und Ärzte müssten genauso wie Pflegekräfte immer mehr Zeit im Büro statt im Krankenzimmer und im OP verbringen. Drei Stunden täglich seien es mittlerweile im Durchschnitt.

»Ein solcher Bürokratieaufwand ist aus unserer Sicht wenig zielführend, hier gäbe es tatsächlich ein massives Einsparpotenzial ohne negative Konsequenzen für die Versorgung«, betonen die beiden Geschäftsführer. Mit einem konsequenten Abbau »der ausufernden Bürokratie« hätte die Bundesregierung nach Ansicht der beiden Klinik-Chefs die Möglichkeit, »ein völlig kostenloses und sogar kostensparendes Konjunkturprogramm für die Krankenhäuser aufzulegen und gleichzeitig die flächendeckende Versorgung zu sichern«.